

Statement von Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, zur gemeinsamen Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!“

An vielen Orten der Welt müssen Menschen Kriege, Gewalt und Vertreibung erleben. In der Folge steigt die Zahl der Flüchtenden, die bei uns Schutz suchen. Es ist unsere Pflicht, denjenigen, die vor einer Bedrohungen ihres Lebens, ihrer Gesundheit und ihrer Freiheit fliehen, diesen Schutz vorbehaltlos zu gewähren.

Es steht außer Frage, dass Flucht und Migration das Land und seine Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Umso wichtiger ist es, sensibel mit diesem Thema umzugehen und es gerade vor dem Hintergrund der Landtagswahl in angemessener Weise zu diskutieren. Das Schüren von Ressentiments und Vorurteilen sowie die Verbreitung von Vereinfachungen in Fragen von Flucht und Migration hat in einem politischen Diskurs nichts zu suchen. Deshalb fordern wir die Parteien im Land auf, dies zu unterlassen. Für uns ist das eine der Grundvoraussetzungen für die Wählbarkeit einer Partei.

Deswegen unterstützt der DGB die gemeinsame Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!“.

Wir sollten Zuwanderung als Chance begreifen und ein Klima echter Willkommenskultur stärken. Dazu gehört, dass wir Flüchtlingen einen schnellen und unbürokratischen Weg in Arbeit und Gesellschaft ermöglichen. Arbeit stellt einen Schlüssel zur Integration dar. Begleitet durch Deutschkurse können im Arbeitsalltag die Sprachkenntnisse erprobt und ausgebaut werden. Außerdem gibt es Selbstständigkeit und letztlich Würde, wenn Flüchtlinge den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien selbst bestreiten können. Gemeinsam fordern rheinland-pfälzische Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter deshalb, dass der Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge und Asylsuchende erleichtert wird. Die bestehenden Regelungen, nach der Flüchtlinge frühestens nach drei Monaten arbeiten können, sind zu starr. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Flüchtlinge bereits nach einem Monat Aufenthalt eine Beschäftigung antreten können. Wirtschaft und Gesellschaft sind bereit, mehr zu leisten, um Asylbewerber und Geduldete wirklich willkommen zu heißen und ihnen Perspektiven in einer guten Arbeit zu eröffnen. Es liegt jetzt an der Politik, die entsprechenden Wege zu beschreiten und rechtliche Hürden abzubauen.